

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 331
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 3. Dezember 1936.

Aufnahme der Budgetberatungen im Wiener Haushaltausschuss.

Der Haushaltausschuss der Wiener Bürgerschaft begann Mittwoch abend unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Richard Schmitz und des Vizebürgermeisters Lahr mit der Beratung des Voranschlags der Stadt Wien und der Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1937, des Rechnungsabschlusses der Stadt Wien und der Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1935 sowie des Berichtes des Rechnungshofes und des Kontrollamtes zum Rechnungsabschluss und zu den Bilanzen der städtischen Unternehmungen.

Der stellvertretende Leiter des Finanzamtes Senatsrat Dr. Leppa leitete die Verhandlungen mit einer Darstellung der einzelnen Posten und Ansätze des Kapitels "Finanzamt" ein, worauf in der zugleich mit der Spezialdebatte über dieses Kapitel abgeführten Generaldebatte fast sämtliche Mitglieder des Ausschusses vor allem zum Voranschlag für das Jahr 1937 Stellung nahmen. Im Mittelpunkt der Generaldebatte stand die Frage der Arbeitsbeschaffung durch die Stadt Wien.

Rat Dr. Ing. Hengl besprach den Wunsch der Wiener Gärtner und Landwirte nach Schaffung eines Wiener Zentral-Obst- und Gemüsemarktes und wandte sich mit grossem Nachdruck gegen den Vorschlag eines Mitgliedes des Bundeswirtschaftsrates zur Staffelung der Weinsteuer. Dr. Hengl erklärte, dass eine derartige Massnahme für den Qualitätsweinbau von katastrophalen Folgen wäre. Die Wiener Weinbautreibenden zum Beispiel, die heute 120.000 Schilling Weinsteuer zahlen, müssten, wenn der Voranschlag Gesetz würde, 650.000 Schilling entrichten. Diese ungeheuerliche Belastung müsste den Qualitätsweinbau ruinieren.

Rat Ing. Petravic beschäftigte sich eingehend mit der Frage der Arbeitsbeschaffung für die Industrie und im besonderen mit der grundsätzlichen Frage, ob in einer wirtschaftlichen Notzeit die Erhaltung des Finanzgleichgewichtes im Haushalt einer öffentlichen Körperschaft wirtschaftsbefruchtenden Massnahmen voranzusetzen sei. Der Redner gab der Meinung Ausdruck, dass die verantwortlichen Stellen nicht zu ängstlich auf die Erhaltung des Budgetgleichgewichtes achten, sondern vielmehr der initialen Förderung der Wirtschaft auf allen Gebieten Rechnung tragen sollen. Die Grossindustrie benötige dringend ein weitreichendes Investitionsprogramm, das ihr eine gesicherte Geschäftstätigkeit auf mehrere Jahre hinaus sichere. Dazu sei die Heranziehung des Finanzkapitales notwendig.

Frau Rat Dr. Motzko stellt fest, dass die Frage der Arbeitsbeschaffung nicht allein die Stadt Wien berühre, sondern alle anderen Faktoren, die in ihrer Macht und Gewalt über die Stadt Wien hinausreichen, sich damit eingehend befassen müssen. Die Stadtverwaltung habe zweifellos hier vorbildlich gewirkt, sie bedürfe aber der Unterstützung durch die Bundesregierung. Die Rednerin beschäftigte sich mit den verschiedenen Versuchen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und erklärt, dass bei diesem schwierigen Problem ein über die vernünftigen Grenzen hinausreichender Zwang sich schädlich auswirken müsse. Die Stadt Wien habe so ziemlich alle Mittel ausgeschöpft und alle gangbaren Wege begangen.

Rat Dr. Foglar-Deinhardstein verweist einleitend darauf, dass der Voranschlag 1937 das Bild einer starken Anspannung zeige. Auch er sei der Meinung, dass die Arbeitsbeschaffung derzeit das schwierigste und vordringlichste soziale Problem sei. In dem meisten Ländern bestehe ein Streit darüber, was wichtiger sei, die Arbeitsbeschaffung um jeden Preis vorwärtszu-

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

treiben oder auf eine geordnete Finanzwirtschaft zu achten. Ich bekenne mich zu den Grundsätzen einer geordneten Finanzverwaltung und glaube nicht, dass an der Ausgeglichenheit des Budgets gerüttelt werden dürfe. Die Stadt Wien habe mehr als einen Anfang einer Ankurbelung der Wirtschaft gemacht. Ich glaube nicht, dass wir ein grosses Risiko auf uns nehmen dürfen, wenn es sich um die Finanzen der Stadt Wien handelt.

Rat Ing. Herrmann anerkennt ebenfalls die städtische Arbeitsbeschaffung und hebt hervor, dass der Gewerbebund gemeinsam mit der Innung der Baumeister, der Baugewerbezunft und anderen technischen Korporationen mit der Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogrammes beschäftigt sei, das ohne Subvention durch den Bund oder die Stadt Wien durchgeführt werden solle. Nach Abschluss der Beratungen werde das Programm den zuständigen Stellen vorgelegt werden.

Rat Gräf erklärt, dass auch unter der Arbeiterschaft die Meinung vorherrsche, um jeden Preis Arbeit zu beschaffen. Alle verantwortlichen Stellen müssen sich bewusst sein, dass in erster Linie die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten werden müsse. Dazu bedürfe es eines grosszügigen Arbeitsbeschaffungsprogrammes.

Die Generaldebatte abschliessend, nahm Bürgermeister Richard Schmitz zu den verschiedenen Problemen der Arbeitsbeschaffung Stellung. Er hob hervor, dass bei der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung der feste Boden einer gesunden Finanzwirtschaft nicht verlassen werden dürfe. Unsere Politik der öffentlichen Finanzverwaltung und Ordnung sei bisher erfolgreich gewesen. Sie habe dazu geführt, dass das eigene Sparkapital sich in erfreulicher Weise neu bilde und das fremde Kapital sich in einem immerhin erheblichen und steigenden Ausmasse in Oesterreich nun niederzulassen beginne. Diese beiden Tatsachen seien Zeichen von wachsendem Vertrauen, dieses sei eine der ersten Voraussetzungen für eine dauernde wirksame Konjunktur. Kein künstliche Konstruktion - und wäre sie noch so geistreich und wohlwollend - könne diese Faktoren ersetzen. Werde das Vertrauen erschüttert, dann beginne eine Krise des Kreditapparates und damit wieder eine böse Etappe in der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung. Ich glaube daher, dass wir die Grenzen der Ueberschreitung des Vertrauens erschüttern könnte, strenge beachten müssen und dass wir nicht darüber hinaus gehen sollen. Oesterreich habe nach dem Kriege eine Aufgabe gehabt wie kein anderes Land. Galt es doch, aus einer blutleeren Gebilde, wie damals die Wirtschaft war, wieder einen lebenden Organismus zu schaffen. Dass Oesterreich diese geschichtliche Grosstat zustande gebracht habe, sei der stärkste Beweis für seine innere Lebenskraft, aber auch ein Grund dafür, dass wir trotz der Schwierigkeiten, die heute zum grösstenteil noch aus dieser schweren Zeit stammen, mit festem Vertrauen und gerechtem Selbstbewusstsein in die Zukunft blicken dürfen.

Freie Arztstelle.

In der Heil- und Pflegeanstalt der Stadt Wien "Am Steinhof" ist an der Pflegeanstalt für Frauen die Stelle eines Abteilungsvorstandes zu besetzen. Voraussetzungen der Anstellung sind die österreichische Bundesbürgerschaft, ein Alter unter 40 Jahren, das Doktorat der gesamten Heilkunde, eine mindestens zweijährige Praxis als Spitalsarzt nach Erlangung des Doktorgrades und eine mehrjährige fachärztliche Ausbildung in der Psychiatrie. Die Dienstverpflichtung beträgt 40 Stunden in der Woche; die Ausübung der ärztlichen Privatpraxis ist gestattet. Nach dreijähriger zufriedenstellender Dienstleistung wird die Anstellung definitiv. Gesuche um diese Stelle sind mit der Geschäftszahl M.D.P. 4715/36 zu versehen, mit den Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen zu belegen und bis 15. Dezember d. J. bei der Personalgruppe der Magistratsdirektion im Rathaus einzubringen.